

<http://divergences.be/spip.php?article993>



Bewegungen: Stärke durch Vielfalt?

- Archives - Archives Générales 2006 - 2022 - 2008 - N°15 Octobre 2008 - Théorie/History -

Date de mise en ligne : Montag 29. September 2008

Copyright © Divergences Revue libertaire en ligne - Tous droits réservés

Je mehr die Chiffre "68" historisiert wird und je mehr die verschiedenen internationalen Bewegungen jenseits bloß nationaler Perspektiven ins Blickfeld rücken, desto deutlicher wird, dass es sich um verschiedene, widersprüchliche, ungleichzeitige Bewegungen handelt, die nur durch abstrahierende Zuschreibungen vereinheitlicht werden können.

Dennoch zeigte sich eine Weltgesellschaft im Entstehen; "eiserne Vorhänge" wurden durchlässig und viele kulturelle Phänomene, Bilder, Musik, Kleidung ließen gemeinsame Bezugssysteme zwischen Gruppen entstehen, die durch Grenzen und Traditionen getrennt waren. Die Identifikationen mit Unterdrückten in anderen Teilen der Welt und geschichtlichen Kämpfen gegen den Faschismus ließen allerdings zunächst auch die Konzeptionen einer Revolution als Krieg in den Guerilla-Bewegungen und den marxistisch-leninistischen Parteien neu entstehen. Es gibt für Emanzipationsbewegungen kein Problem, das je "gelöst" wäre, keine Fehlentwicklung, die nicht nochmals drohen könnte. Nur der bewusste und erinnernde und offene Diskussionen verteidigende Zusammenhang kann gegen autoritäre und militaristische Konzepte schützen.

1. Jenseits der Haupt- und Staatsaktionen und unter dem Pflaster

1968 kamen viele für "erledigt" gehaltene Themen und Bewegungen wieder an die Oberfläche, vorbereitet durch die Bewegungen der 50er und 60er Jahre und deren theoretische Verarbeitung. Ich erwähne nur einige, frei assoziierte Beispiele: Nachdem "Socialisme ou Barbarie", das Organ eines unabhängigen Rätesozialismus, gerade sein Erscheinen eingestellt hatten, erreichten Konzeptionen und Themen dieser Zeitschrift ein Massenpublikum; die Vorstellung einer säkular entzauberten Welt wurde durch neue religiöse Bewegungen, auch das neu erwachende "westliche" Interesse an Hinduismus, Buddhismus, Taoismus Lügen gestraft; eine scheinbar "integrierte" Arbeiterschaft zeigte in "wilden" Streiks, was in ihr steckte; manche "Verlierer" der Geschichte forderten ihre Rechte ein, so wurde etwa das American Indians Movement AIM 1968 gegründet; der stalinistisch tiefgefrorene Sozialismus taute. Alle machtschwächeren Gruppen begannen, die Autorität in Frage zu stellen, zunächst natürlich oft nur im Sinne gesellschaftlicher Modernisierung und Produktivitätssteigerung (warum "Bildungsreserven" nicht erschließen?), im Sinne eines individuellen Aufstiegs durch Bildungschancen und größere Flexibilität.

Mit diesen Konfrontationen, in vielen gesellschaftlichen Bereichen - Familie, Schule, Hochschule, Betriebe, Armee - wurde das Prinzip wiederentdeckt, nicht durch Appelle und Bitten, sondern durch direkte Aktion, durch Verweigerung und ein anderes Handeln die Situationen zu verändern. Und es ging tatsächlich um eine Veränderung des Alltags, immer deutlicher wurde eine "Demokratie" kritisch gesehen, die sich nur in formalen Verfahren zeigte und die Ebene des täglichen Lebens nicht erreichte, vereinbar war mit Gewalt und Strafe, mit Befehlston und psychischem Terror in Familie, Schule, Betrieb ... Einkaufen als Sinn des Lebens, ist das genug? Wählen gehen als "staatsbürgerliche Pflicht" - ist das schon Demokratie? Hat man schon eine Wahl, wenn Parteien, die nur geringfügig unterscheidbare Programme verkünden (und deshalb letztlich immer eine "Große Koalition" bilden, in der Bundesrepublik u.a. Ländern auch formell), die "formierte Gesellschaft" darstellen?

Vor allem wurde zwischen den eigenen Emanzipationsansprüchen und der vermuteten Entwicklungsrichtung der Gesellschaften eine sich verschärfende Kluft prognostiziert: Notstandsgesetze nahmen erreichte demokratische Rechte in der Krise zurück; in Ländern, die NATO-Mitglieder waren, herrschten brutale Diktaturen: Spanien, Portugal, Griechenland ... Und weltweit wurde Herrschaft durch Militärdiktaturen (Brasilien, Indonesien ...) gesichert - oder durch Krieg. Der Vietnamkrieg war ein globales Thema, sogar DAS globale Thema. "Vietnam" stand nicht nur für die brutale, technisch überlegene Kriegführung der Supermacht USA gegen ein kleines Land, sondern auch für die gescheiterte Entkolonialisierung: Nach der französischen Niederlage, traten die USA in deren Unterdrückerrolle ein (so wie auch anderswo, im Kongo etwa, demokratische Bewegungen durch Morde, Söldnerarmeen und Diktaturen

zerschlagen wurden). Portugal erhielt noch seine Kolonien aufrecht, in Südafrika goss das rassistische Regime seine "Apartheid"-Konzeption in Gesetze.

Es ging nicht mehr nur um einzelne "Missstände", es ging für aktivistische Minderheiten ums Ganze: Die gesellschaftlichen Strukturen, die so etwas zuließen oder sogar mit Notwendigkeit hervorbrachten, mussten radikal (von der Wurzel her) verändert werden. Den theoretisch-praktischen Erfahrungen einer Minderheit entsprach, die Revolution auf die Tagesordnung zu setzen. Aber welche?!

Eine Gefühlsgeschichte der "68er"-Bewegungen würde immer gleichzeitig das Gefühl des Aufbruchs, die Hoffnung, an einer weitreichenden Befreiungsbewegung beteiligt zu sein, analysieren müssen, gemischt mit - Paranoia, auch ein häufiges Motiv, gut begründet. Die Polizeieinsätze waren noch paramilitärisch, nicht nur in der Bundesrepublik. Die Armee stand als "Notstands"-Reserve bereit; es gab Einheiten, die auch den Einsatz gegen streikende Arbeiter übten.

Und es gab Tote, die Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 war ein Wendepunkt in der strategischen Orientierung vieler.

2. Direkte Aktion

Die oppositionellen Minderheiten entdeckten ihre Macht. Diese Macht lag in den Regelverletzungen, der öffentlichen Provokation, der Spontaneität und Phantasie kulturrevolutionärer Brüche mit dem grauen Konsens. Schnell und unter dem massiven Einfluss der Medien (und auch von Agenten staatlicher Gewalt) wurde dabei aber die Drohung mit Gewalt als wirksam entdeckt. Die öffentliche Aufmerksamkeit und Empörung war gesichert, wenn der Protest drohte, einen Hund mit Napalm zu verbrennen. Wenn gar ein Kaufhaus brannte. Wenn Selbstverteidigung gegen die Staatsgewalt propagiert wurde.

Im Begriff der "direkten Aktion" verschoben sich die Bedeutungen: Während vor 1967 "direkte Aktion" wie selbstverständlich in Anlehnung besonders an die US-amerikanischen Bewegungen, besonders die Bürgerrechtsbewegung, aber auch die englischen Atomwaffengegner des Committee of Hundred gewaltlos verstanden worden war, öffnete sich der Begriff jetzt. Eine Rolle spielt dabei, dass die Konzeption zuvor ein stark disziplinierendes Moment enthielt: Es gab sehr genau festgelegte Regeln, wie Demonstranten sich zu verhalten hatten, welche Reaktion in welcher Situation erwartet wurde, Trainings sollten sicherstellen, dass nicht zurückgeschlagen wurde, Provokationen an den Demonstranten abprallten, ein Zivilisationsmodell der Selbstdisziplinierung. Und nun wurde gerade die Provokation als organisierte Selbstfreigabe entdeckt; das Disziplinmodell erschien autoritär, einschränkend.

Und es gab andere Vorbilder als Martin Luther King. Gegen die alte Bürgerrechtsbewegung hatte sich auch in den USA eine Bewegung schwarzer Selbstverteidigung entwickelt ("Black Power" war hier der Diskurs, der vom Motiv der Selbstbehauptung allmählich zum Gegenterror driftete, um eine lange Geschichte zu verkürzen)(1). "Vom Protest zum Widerstand" wurde zunächst nur so verstanden, dass nicht nur Einreden gegen die herrschende Politik notwendig seien, sondern Handlungen, die sie tatsächlich behindern, begrenzen, aufheben. Das war sogar das eigentliche Thema des gewaltfreien Widerstandes: Wie kann man der Kriegsmaschine Sand ins Getriebe schütten.(2) Heute wird auch in der "Bewegungsforschung" oft vorschnell "Protest" als "gewaltlos" und "Widerstand" als "Gewalt" begriffen, das stimmt nicht!

Aber zunehmend wurde auch "Widerstand" als "resistance" verstanden, also als bewaffneter Untergrund. Diese

Bewegung vollzog sich in mehreren Ländern annähernd gleichzeitig, allerdings mit beträchtlichen Unterschieden in den folgenden Formen der Gewalt und der Isoliertheit der bewaffneten Bewegungen.

Es spielt auch eine Rolle, dass die Motive noch Mitte der 60er Jahre stark individualistisch und existenzialistisch waren: Der Einzelne gegen die Maschine, das vereinnahmende Kollektiv, den Totalitarismus. Kriegsdienstverweigerung war - wie oppositionelle Orientierung überhaupt - eine moralische Entscheidung, Gewissensentscheidung. Nun wurde gerade das Kollektiv entdeckt. "Masse" wurde allmählich vom Skeptizismus der Kulturkritik befreit zu einem positiven Bezugspunkt.

Auch die "Gegenmacht" braucht Massen, auch dies hatte sich durch die großen Kampagnen etwa der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung gezeigt, die Solidarisierung mit den wenigen, die zuerst gegen die Segregation in den Südstaaten der USA gehandelt hatten, hatte Erfolge bewirkt und überhaupt erst eine "Bewegung" entstehen lassen. Durch den Einfluss der vietnamesischen Revolution und der chinesischen Kulturrevolution wurde der "Massen"-Begriff geradezu mit göttlichen Qualitäten aufgeladen: Unbesiegbarkeit, Unsterblichkeit, Allmacht, ein reißender Strom, der hinwegfegt, was reaktionär ist und sich "dem Fortschritt in den Weg stellt".

Und während durch die allgemein-antiautoritäre Stimmung und das Erschrecken über die Grausamkeiten des Krieges die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer ins Massenhafte stiegen, begannen die Avantgarden den "Sieg im Volkskrieg" zu propagieren und ihre Identifikation mit scheinbar siegreichen Guerillabewegungen.

Pazifisten und gar Anhänger einer gewaltlos-revolutionären Konzeption hatten es schwer wie selten: Der Solidarisierungsdruck besonders mit dem Vietkong war gewaltig. Natürlich zersetzte sich die Armee der USA in Vietnam durch den Guerillakrieg und die Folgeprobleme für den inneren Zusammenhalt und die Moral der Truppen, es war aber vor allem unmöglich, die Armee zu reorganisieren, weil der Widerstand in den USA und weltweit so stark geworden war.

Dass es gerade die zivilen Massenbewegungen in den USA waren, die die Legitimationsgrundlage für den Krieg zerstörten, die Armee zersetzten und weitere Eskalationen unmöglich machten, wurde zu wenig begriffen, die Grundlagen der eigenen Macht verkannt.

Zunächst waren es nur die pazifistischen Minderheiten, die einen radikalisierten Begriff von Frieden entwickelten, der sich auf die grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen bezog, nicht nur auf die Abwesenheit von Krieg, sondern auf die Beseitigung aller Kriegsursachen. Und die einen Begriff von "Gewalt" hatten, der die Strukturen und die "stummen" Taten der Herrschaft einbezog.

3. Ziele und Mittel, Form und Inhalt

Natürlich kann sich der ursprüngliche Impuls der Revolte gegen die Gewalt in Strukturen und Ziele fügen, die, einer scheinbaren Effektivität folgend, selbst wieder Gewalt vorbereiten. Der "neue Mensch" kann eine Programmatik des Zwangs gegen die Menschen, so wie sie nun einmal sind, entfalten, die Hoffnung in Erziehungsdiktatur enden. Der pazifistische Beginn kann zu einer Gewalt des kleineren Übels verleitet werden und selbst neue Rechtfertigungen bewaffneter Aktionen entwickeln und selbst militärisch kämpfen.

Dies geschah alles auch Ende der 60er Jahre, in den beiden Formen: der Eskalation von Gegengewalt und der reformistischen Versöhnung mit der unversöhnten Realität, des siegreichen Marsches der Institutionen durch die Rebellen, die angetreten waren, diese Strukturen zu reformieren (friedenspolitisch-außenpolitisch setzte die Phase der Rüstungskontrolle ein: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle im gegenseitigen Einverständnis der Staaten und

Blöcke).

Die Strukturen erweisen sich schnell als stärker als die subjektive Radikalisierung; daraus können Verzweiflungsakte und individuelle Traumata folgen oder auch Zynismus. Häufig erscheint als Ausweg aus diesen Gefährdungen der Existenz allein die "realistische Option" auf reformistische Kleinarbeit oder Parteipolitik oder der Rückzug ins Private. Das Dilemma ist alt: Wie kann unter widrigen Umständen, Enttäuschungen, Niederlagen an Zielen und ethischen Motiven festgehalten werden, die nicht unmittelbar durchsetzbar erscheinen? Eine Antwort, die Ziele und Mittel, Effektivität und Demokratie, Durchsetzungsfähigkeit und Moral im Gleichgewicht zu halten sucht, ist die gewaltlose Revolution.

Revolutionäre Minderheiten entwickelten nach den Erfahrungen staatlicher Vernichtungsdrohungen (Krieg, Konzentrationslager, Atombewaffnung waren jeweils Ausgangspunkte unterschiedlicher Konzeptionen) eine Widerstands-Strategie und -Moral, die mit zivilen Kampfformen (Verweigerung, Boykott, Streik, Massendemonstrationen, Besetzungen, Aufbau konstruktiver Parallelinstitutionen) eine Gesellschaft ohne soziale Unterdrückung und Entwürdigung von Menschen erkämpfen kann. Sie nehmen dabei die älteren Ansätze des Kampfes gegen die "freiwillige Knechtschaft" (Etienne de la Boetie) auf, die Gleichheitsparolen der Diggers der englischen Revolution, der böhmischen Brüder, die anarchosyndikalistischen Kampfformen bis zum Generalstreik, die Erfahrungen der Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, Tolstois Reden gegen Staat und Krieg, Gandhis Satyagraha. Gewaltlosigkeit muss aktiv, aggressiv, revolutionär sein, sonst verfehlt sie ihr Ziel der Beseitigung der verschiedenen Gewaltformen. Sie muss sich ja gegen entschlossenen Widerstand derer durchsetzen, die die bisherigen Formen der Gesellschaft verteidigen. Die Revolution darf sich ihre Mittel nicht von ihrem Feind vorschreiben lassen; sie muss ihr Ziel durch ihre Mittel kennzeichnen. Dieses Bewusstsein wird von der Erkenntnis der inneren Probleme revolutionären Handelns bestimmt. Schon die französische Revolution hatte das Doppelgesicht, freiheitliche Prinzipien in alle Welt zu tragen, aber mit dem Kult der Nation eine fortwirkende Begründung von Unterdrückung zu entwickeln. Die allgemeine Wehrpflicht, die expansive Konzeption, mit Massenheeren die Revolution gegen den Absolutismus zu verteidigen, hat zu absolutistischen Zugriffen schlimmsten Ausmaßes auf die Bevölkerungen der modernen Staaten geführt: Die Kriege mit modernen Wehrpflicht-Armeen, von nationalistischer Ideologie begeistert begrüßt, wurden so erst möglich. Und die terroristischen Formen, in denen versucht wurde, Tugend und Gerechtigkeit durchzusetzen, die Revolution weiterzutreiben zum endgültigen Sieg ihrer Prinzipien und kühnsten Hoffnungen, bilden das problematische Erbe von 1789 und den folgenden Jahren. Büchners Drama "Dantons Tod" lässt schon viele Fallen erkennen, an denen revolutionäre Bewegungen immer wieder scheiterten und ihre emanzipatorischen Ziele verließen. Der Tugendterror Robespierres ist eine Versuchung, die aus der Konsequenz, der Notwendigkeit seiner Position folgt: "Keinen Vertrag, keinen Waffenstillstand mit den Menschen, welche nur auf Ausplünderung des Volkes bedacht waren (...), für welche die Republik eine Speculation und die Revolution ein Handwerk war." Er hat völlig recht, und er siegt zunächst, weil er nicht bestechlich ist und die berechtigten Interessen der Unterdrückten formuliert. Die Revolution darf kein Geschäft und kein Beruf werden! Aber die Mittel, sie dagegen zu verteidigen, müssen andere sein als Gefängnisse und Guillotine (schon der Konstrukteur war ein irregeleiteter Humanist des sauberen Schnittes), sonst bleibt von den Freiheitsversprechen nichts. Danton droht einer Gefahr zu erliegen, die Robespierre so beschreibt, dass er "der toten Aristokratie die Kleider ausgezogen und ihren Aussatz geerbt hat". Also: die Entstehung einer neuen Aristokratie, einer neuen Herrschaft, bloß das Auswechseln von Personen statt radikaler Strukturveränderung. Robespierre aber etabliert auch eine neue, diktatorische Herrschaft; Staatsgewalt ohne materielle Ungleichheit, ohne Ausbeutung der Ausführenden durch die Leitenden ist dauerhaft unmöglich. Danton hat Recht, wenn er sagt: "Wo die Notwehr aufhört, fängt der Mord an." Vielleicht die mörderischste Konzeption ist die Geschichtsphilosophie eines Saint-Just: "Soll die moralische Natur in ihren Revolutionen mehr Rücksicht nehmen, als die physische? Soll eine Idee nicht eben so gut wie ein Gesetz der Physik vernichten dürfen, was sich ihr widersetzt?" Und so werden an jeder Biegung des Geschichts-Flusses die Leichen angespült.

Die Revolutionen des 20. Jahrhunderts, besonders die russische, haben die gleichen Fragen gestellt. Alt und eng ist die Verbindung von Revolution und Krieg; aber im zwanzigsten Jahrhundert entsteht aus diesen Erfahrungen die Konzeption der Revolution als Anti-Krieg und des revolutionären Antimilitarismus. Das alle proklamierten Ziele

überwältigende Vernichtungspotential moderner Waffen hat dabei eine Rolle gespielt, aber häufig waren es eigentlich ethische und strategische Überlegungen, die nur die offensichtlichen Entwicklungen der Destruktivkräfte argumentativ benutzten.

Der Verzicht auf gewaltförmige Mittel wird revolutionären Bewegungen nicht nur von ihren Zielen vorgeschrieben, neue Herrschaft zu verhindern, sondern auch durch pragmatische und taktische Überlegungen nahe gelegt. Die militärische und politische Übermacht der intakten Staaten über jede Opposition lassen es dieser nicht geraten erscheinen, ausgerechnet eine Konfrontation mit Waffen zu suchen. Auch die Gefahr internationaler militärischer Interventionen trägt dazu bei, dass im zwanzigsten Jahrhundert eine Tendenz entsteht, mit zivilen Kampfformen durchaus revolutionäre Ziele zu verfolgen. Aber die Tendenzen dazu sind schon wesentlich älter; in allen revolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts wirkte neben dem Jakobiner-Modell, neben den blanquistischen Aufstandskonzepten und den Verstaatlichungsutopien auch das föderalistische und genossenschaftliche Modell und die eher zivile Massenstreik-Konzeption der entstehenden Arbeiterbewegungen. Warum die 68er Bewegungen zunächst diese zivilen Konzepte verwarfen und etwa leninistische Modelle favorisierten, bedarf noch der Diskussion im Detail. Die Erfahrungen, die damit gemacht wurden, waren nicht nur farcenhafte, sondern teuer erkauft.

Das befreiende Ziel, Anerkennung von Verschiedenheiten, föderalistischer Ausgleich, egalitäre und konsensorientierte Formen der Freiheit müssen durchgesetzt werden. Ohne Gewaltverzicht keine Befreiung!

4. Wir wollen alles

Die vorgefundenen politischen Formen lassen sich nicht einfach benutzen und mit ganz anderen Zielen füllen, sie folgen einem heimlichen Lehrplan, der noch den radikalsten Oppositionspolitiker früher oder später zum Staatsmann macht. Bewegungen sollten auch nicht Vorschusslorbeeren und falsches Vertrauen in ihnen scheinbar "nahe stehende" Parteien setzen, denn soviel ist sicher: Jede politische Form, jede Föderation und jeder Arbeiterrat kann zu einem Hindernis der Emanzipation werden und eine neue Hierarchie begründen; die Parteiform tut das immer und mit Notwendigkeit, die Sozialisten, die den Staat erobern wollten, sind allesamt vom Staat erobert worden!

Politische Institutionen sind nicht neutral, für ein Ziel so geeignet wie für ein anderes. Sie selektieren. Sie belohnen die Anpassung, das Sich-Einlassen auf die vorgeschriebenen Regeln, dafür bilden sie allmählich den Berufspolitiker, in der Regel immer noch ein "großer Mann" und "Hoffnungsträger" heran. Sie stärken "ExpertInnen", Führergestalten und die Verrechtlichung und Bürokratisierung aller Lebensbereiche (das "Gehäuse der Hörigkeit").

Die zentralisierten Politikformen machen aus den "BürgerInnen" aller Verantwortung enthobene Objekte des Betriebs; sie schließen die große Mehrheit aus und legen sie auf bloße Schein-Partizipation fest; sie verschleiern die eigentlichen Macht- und Entscheidungszentren.

Sie propagieren immer nationale Interessen, um deren scheinbar optimale Verfolgung die Parteien konkurrieren. Sie verstärken legalistische und konformistische Einstellungen: Alles wird "von oben" erwartet, "die Mehrheit" hat recht, Politik machen die PolitikerInnen.

Soziale Bewegungen sind auf allen Gebieten auf die gegenteiligen Einstellungen angewiesen: Selbstverantwortung, das Schicksal in die eigenen Hände nehmen, Wissen allen zur Verfügung stellen, durch Minderheitenschutz und offene konsensorientierte Diskussionen sichern, dass alle Betroffenen auch beteiligt bleiben.(3)

5. Radikalität und Pragmatismus

Seit 1968 haben viele Bewegungen bewiesen, dass Radikalität und Pragmatismus nicht unbedingt Widersprüche sind und dass Breite und Radikalität sich nicht ausschließen. Viele Bürgerinitiativen, die Frauenbewegungen, anarchopazifistischen Bewegungen wie die Kabouter oder Catholic Worker, die gandhianischen Bewegungen in aller Welt ... verstanden es immer wieder, weit über die radikalen Kerne hinaus offene, breite Massenbewegungen der Verweigerung zu organisieren oder zumindest die Achtung einer Öffentlichkeit für ihren Mut, ihre Phantasie, ihre Begeisterung, ihre Selbstlosigkeit (auch wenn der Begriff verpönt sein mag!) zu erreichen.

Auch hier kommt es auf die Formen an; ein spektakulärer Extremismus und eine engstirnige "Realpolitik" stabilisieren einander oft genug auf Kosten der wirklich emanzipatorischen Bewegungen. Ihre falschen Polarisierungen sind geeignet, ein irritiertes Feld zu schaffen, das sich nur am stumpfsinnigen Einerlei des Parteibetriebs oder einer "avantgardistischen" und sektiererischen Pseudoradikalität - "ganz weit links vor den Fernsehkameras" wie es in einem alten Gedicht von Enzensberger heißt - orientiert. Beide Formen sind Geschäftsmodelle, nicht Formen der Freiheit. Sektiererisch ist eine Gruppe nicht, wenn sie klein ist, oder wenn sie Positionen vertritt, die (noch) vielen gleichgültig sind (etwa radikaler Tierschutz, Veganismus), sektiererisch ist eine Gruppe durch marktschreierisches Gehabe, eine Heilsgewissheit ohne Bereitschaft zum Zuhören und zum Dialog, kurz: durch Machtpolitik.

6. Jenseits der Spezialisierungen

Die sozialen Bewegungen sind in Wirklichkeit nicht so getrennt wie die Forscher manchmal tun. Sie existieren auf dem gleichen Resonanzboden der tatsächlichen Probleme, und es hängt nicht nur die "zivile" Nutzung der Atomenergie mit der militärischen historisch wie sachlich untrennbar zusammen, sondern auch die Bewegungen gegen Atomwaffen wie Atomkraftwerke sind nur formal getrennt. Solche Beispiele sind ohne Zahl: Wie sich eine Bewegung aus einer anderen entwickelt, wie verschiedene Themen in ihrer Abhängigkeit und ihrem Zusammenhang begriffen werden und daraus strategische Gemeinsamkeiten entstehen.

Der Wechsel von einer zu einer anderen Bewegung je nach Problemlagen, die als drückender empfunden werden oder aus ganz persönlichen Gründen, heißt nur, dass ein Schwerpunkt sich verlagert oder Kräfte anderswo mehr gebraucht werden. Es gibt eigentlich keine Konkurrenz, wenn die Bewegungen nicht kommerzialisiert sind. Die Tendenz zur Spezialisierung, einer auch beruflich betriebenen Lobby-Politik, gar einer Fach-Bürokratie bedeutet, dass der Raum egalitärer sozialer Bewegungen verlassen wird und das Feld der "offiziellen" Politik und des Marketings beackert wird.

7. Solidarität, Dialog - aber gegen die falsche Vereinheitlichung

Die Kehrseite der "Einheits"-Parolen war immer, dass die Abweichler ausgeschlossen wurden, dass alle, die die Minimalkonsense überschreiten wollten, als "Spalter" ausgegrenzt wurden. Die paradoxe Wahrheit der "Einheit" ist gerade Ausgrenzung und Spaltung. Das wurde in den Sekten der 70er Jahre einmal mehr bewiesen. Schon in der Arbeiterbewegung waren "Einheitsfront"-Taktik oft genug demagogische Manöver schärfster Polemik und "Volksfront"-Konzepte antirevolutionär. Solidarität schließt Kritik nicht aus, Dialog setzt sogar voraus, dass die Grenzen klar und deutlich sind. Jeder hat das Recht, andere überzeugen zu wollen, niemand hat das Recht, andere zu manipulieren oder zu zwingen. Deshalb sind oft auch die Diskussionen lebendig, solange es nicht darum geht, Vollversammlungen zu dominieren und zu majorisieren, die ständige Betonung der Einheit riecht nach Verwaltung. Pluralismus ist nicht nur eine Tatsache, sondern eine Überlebensbedingung sozialer Bewegungen. Bewegungen sollten auch die Zählappelle lassen; die Gegenseite ist meist nicht besonders beeindruckt, sie weiß ja auch, wie es gemacht wird. Die Qualitäten der angestrebten und durchgesetzten Veränderungen sind wichtiger. Die Stärke sozialer Bewegungen (Mehrzahl!) liegt nicht in einer beschworenen oder künstlich hergestellten "Einheit", sondern

gerade in ihrer Lernfähigkeit, Fähigkeit zu gegenseitiger Kritik und Offenheit, die sie attraktiv machen.

Johann Bauer *

Anmerkungen

1 Für die ganze Geschichte sehr aufschlussreich: Clayborne Carson: Zeiten des Kampfes: Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren. Nettersheim 2004

2 vgl. etwa: Delivered into resistance: essays by Daniel Berrigan, Barbara Deming, James Forest, William Kunstler, Staughton Lynd, Richard Shaull, statement of the Catonsville 9, Milwaukee 14. New York 1969, ebenso die Schriften von Dave Dellinger und Martin Luther King.

3 Vgl. "Wer wählt, hat die eigene Stimme bereits abgegeben!" Sonderheft der Graswurzelrevolution (Nr. 146/48) zur Kritik der parlamentarischen Demokratie. Heidelberg 1991

*Johann Bauer ist seit 1972 in Gruppen um die Graswurzelrevolution aktiv